



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Der Markt der Leiden, das Menschenrecht auf Entschädigung und die Kategorie des Opfers: ein Problemaufriss

Goltermann, Svenja

DOI: <https://doi.org/10.7788/ha-2015-0106>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-110750>

Journal Article

Originally published at:

Goltermann, Svenja (2015). Der Markt der Leiden, das Menschenrecht auf Entschädigung und die Kategorie des Opfers: ein Problemaufriss. *Historische Anthropologie*, 23(1):70-92.

DOI: <https://doi.org/10.7788/ha-2015-0106>

Der Markt der Leiden, das Menschenrecht auf Entschädigung und die Kategorie des Opfers

Ein Problemaufriss

von Svenja Goltermann

Im Mai des Jahres 2012 fand an der Universität Bochum eine geschichtswissenschaftliche Tagung statt, deren Titel „Entschädigung als Menschenrecht?“ mich seinerzeit irritierte.¹ Zwar war die titelgebende Leitfrage prägnant gestellt. Das Anliegen dieser Veranstaltung war mir dennoch nicht ganz klar: Sollten hier Beiträge präsentiert werden, die sich damit auseinandersetzten, auf welche Weise die Politik der Menschenrechte und die Politik der Entschädigung historisch miteinander verwoben waren? Für den weitaus größten Zeitraum des 20. Jahrhunderts ließ sich eine solche Verbindung gar nicht herstellen; die Antwort auf die Frage fiel mithin kurz aus. Oder zielte die Tagung darauf, die Politik und Praxis der Entschädigung in Vergangenheit und Gegenwart kritisch zu beleuchten, um davon ausgehend zu diskutieren, ob es für die Opfer kollektiver Gewalt – um diese sollte es laut dem Untertitel der Tagung gehen – nicht ein Menschenrecht auf Entschädigung geben müsste? Letztlich wäre es dann also um ein politisches Problem gegangen, das, so meine Annahme, in einer Debatte münden würde, in der moralische Kategorien eine beträchtliche Rolle spielten. Sollte die Frage „Entschädigung als Menschenrecht?“ angesichts der Tatsache, dass es doch um Opfer ging, überhaupt etwas anderes sein als eine rhetorische Frage?

Betrachtet man die Entwicklungen des internationalen Rechts seit den 1990er Jahren, könnte man meinen, dass die Frage nach einer Entschädigung als Menschenrecht mittlerweile ohnehin schon fast überholt ist. Immerhin hat sich das internationale Recht in jüngster Zeit zunehmend davon gelöst, dass das Recht auf „Wiedergutmachung“², das im 20. Jahrhundert lange Zeit auf Verletzungen des Völkerrechts beschränkt war, lediglich auf zwischenstaatlicher Ebene Gültigkeit besitzen solle. Stattdessen ist mehrfach formuliert worden, dass auch Individuen, deren Menschenrechte verletzt wurden, das Recht zustehen solle, Entschädigungsansprüche gegenüber Staaten geltend zu machen.³ Für diese Verschiebung gibt es beeindruckende Beispiele: So haben sich seit der Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte

1 Entschädigung als Menschenrecht? Theorie und Praxis des Umgangs mit den Opfern kollektiver Gewalt, Bochum 10. 5. 2012–11. 05. 2012.

2 Der Begriff der „Wiedergutmachung“ wird hier als Oberbegriff verwendet, der diverse Entschädigungsmaßnahmen infolge von Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte einschließt.

3 Vgl. hierzu etwa *Martin Seegers*, Das Individualrecht auf Wiedergutmachung. Theorie, Struktur und Erscheinungsformen der völkerrechtlichen Staatenverantwortlichkeit gegenüber dem Individuum, Münster 2005.

in Straßburg im Jahr 1998 alle Mitgliedstaaten des Europarats verpflichtet, Individualbeschwerden zuzulassen;⁴ die UN-Generalversammlung wiederum bekräftigte im Jahr 2005 durch Verabschiedung der Resolution 60/147, dass es zu den Prinzipien der internationalen Gemeinschaft gehöre, Opfern von „groben Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht“ das „Recht auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung“ einzuräumen.⁵ Aus eben dieser Resolution geht auch hervor, wer aus der Perspektive der Vereinten Nationen dem Kreis der anspruchsberechtigten Opfer zugeordnet wird: „Victims are persons“, so heißt es hier, „who individually or collectively suffered harm, including physical or mental injury, emotional suffering, economic loss or substantial impairment of their fundamental rights, through acts or omissions that constitute gross violations of international human rights law, or serious violations of international humanitarian law [...]“.⁶

Diese Beispiele stehen für zwei Entwicklungen, die sich etwa seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend beobachten lassen: Erstens hat sich auf internationaler Ebene die Vorstellung durchgesetzt, dass Entschädigungsmaßnahmen ein Instrument darstellen, das wesentlich dazu beiträgt, für Opfer von Menschenrechtsverletzungen „Gerechtigkeit“ herzustellen.⁷ Zweitens aber steht das starke Gewicht, das Entschädigungen etwa bei der Aufarbeitung von Gewaltverbrechen nach dem Ende von autoritären Regimen oder Diktaturen beigemessen wird, auch dafür, dass Opfern von Gewalt heute eine sehr viel stärkere Aufmerksamkeit zuteil wird, als dies bis in die 1980er Jahre hinein der Fall war.⁸ Der Soziologe Thorsten Bonacker spricht sogar davon, dass Opfer mittlerweile eine „charismatische Autorität“ besäßen, die es nachgerade „illegitim erscheinen“ lasse, „einem Opfer die Anerkennung zu verweigern.“⁹ In der von der internationalen Gemeinschaft formulierten Erwartung, dass diesen prinzipiell eine Entschädigung für ihre Leiden zusteht, kommt das heute zum Ausdruck.

Muss die Frage „Entschädigung als Menschenrecht?“ damit also gar nicht mehr

4 Dies gilt, sofern der nationale Instanzenweg nicht vorgängig eine Lösung erbringt. Vgl. *Kerstin Blome/Alexander Kocks*, Judialisierungsprozesse im Menschenrechtsbereich. Erfolgsmodell EGMR, in: Bernhard Zangl (Hg.), *Auf dem Weg zu internationaler Rechtsherrschaft? Streitbeilegung zwischen Politik und Recht*, Frankfurt am Main 2009, 229–266, 243.

5 Grundprinzipien und Leitlinien betreffend das Recht der Opfer von groben Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung, <http://www.un.org/depts/german/gv-60/band1/ar60147.pdf> (30. 7. 2014).

6 Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violation of International Humanitarian Law. Adopted and proclaimed by General Assembly resolution 60/147 of December 2005; <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/RemedyAndReparation.aspx> (21. 7. 2014).

7 So explizit formuliert in einer Publikation, die das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen für sogenannte Postkonfliktstaaten erstellte, um diese bei der Umsetzung von effektiven Wiedergutmachungsprogrammen zu unterstützen. Vgl. *Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (Hg.)*, *Rule-Of-Law Tools For Post-Conflict-States*, New York 2008, V.

8 Vgl. dazu *Luke Moffett*, *Justice for Victims before International Criminal Court*, New York 2014; *Thorsten Bonacker*, Globale Opferschaft. Zum Charisma des Opfers in *Transitional Justice*-Prozessen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19 (2012) H. 1, 5–36.

9 *Bonacker*, Globale Opferschaft, 17.

gestellt werden? Sowohl Juristen, die weiterhin über die genaue Rechtslage debattieren,¹⁰ als auch Opfergruppen, die heute in politische und juristische Kämpfe involviert sind, um gegenüber Staaten oder Unternehmen Wiedergutmachungsansprüche durchzusetzen, würden dem wahrscheinlich nicht zustimmen. Auch ich möchte diese Vermutung verneinen. Tatsächlich halte ich eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Frage sogar für ausgesprochen sinnvoll – dies allerdings vor allem, um die Probleme in den Blick zu bekommen, die mit einer solchen Forderung und praktizierten Entschädigungspolitik verbunden sein können.

Aus diesem Grund kreist der vorliegende Aufsatz, der zu einer solchen Diskussion einen Denkanstoß liefern soll, um die Kategorie des Opfers. Immerhin basiert die Frage nach einer Entschädigung als Menschenrecht auf der Annahme, dass es klar benennbare Opfer gibt. Die historische Betrachtung aber zeigt, dass eine solche Vorstellung nur scheinbar evident ist. Zahlreiche Studien zur Geschichte der Entschädigung im 20. und 21. Jahrhundert liefern dafür bereits Anhaltspunkte. Denn der Kreis der offiziell anerkannten Opfer von Gewalt erweist sich demnach keineswegs als stabil. So ist herausgearbeitet worden, dass politische Entscheidungen, ideologische Überzeugungen, moralische Überlegungen, finanzielle Erwägungen, aber auch administrative Vorgaben, rechtliche Definitionen und juristische Verfahrensweisen Faktoren darstellten, die in diversen Entschädigungsverfahren den Ausschlag für eine unterschiedliche und sich wandelnde Opferanerkennung gaben – und das bis heute.¹¹ Doch das ist nur ein Aspekt der Problematik, die weitaus umfassender ist. Spannt man den zeitlichen Bogen nämlich weiter zurück, lassen sich quer durch die Epochen zahlreiche Beispiele dafür finden, dass Menschen innerhalb und außerhalb Europas massenhaft Grausamkeiten erlitten, ohne dass damit notwendigerweise verbunden gewesen wäre, dass sie deshalb zeitgenössisch auch als Opfer von Gewalt bezeichnet oder als solche erinnert worden wären. In Europa, ebenso in den USA, bildete sich eine solche Deutung erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus, und zwar in einem schrittweisen Prozess, in dessen Verlauf sich der Kreis derjenigen, die als Opfer von Gewalt in den Blick gerieten oder sich selber als solche bezeichneten, zunehmend ausweitete. Der vorliegende Aufsatz geht dieser Entwicklung in einem ersten Teil nach, indem er einige der Möglichkeitsbedingungen für eben jene Prozesse ins Auge fasst, die seit dem späten 19. Jahrhundert die Figur des Opfers und spezifische Wahrnehmungen von diesem hervorbrachten. Das kann an dieser Stelle nur thesenhaft und exemplarisch geschehen.¹² Dennoch sollte deutlich werden, dass Opfer genuin historisch zu denken sind. Eine solche Betrachtungsweise impliziert nicht, in Abrede zu stellen, dass Menschen Schmerzen empfinden, wenn ihre Körper oder Psychen verletzt werden. Doch

10 Vgl. dazu etwa *Nora Matthiesen*, Wiedergutmachung für Opfer internationaler bewaffneter Konflikte. Die Rechtsposition des Individuums bei Verletzungen des humanitären Völkerrechts, Berlin 2012; *Martin Seegers*, Individualrecht.

11 Vgl. dazu u. a. *Regula Ludi*, Reparations for Nazi Victims in Postwar Europe, Cambridge 2012; *Constantin Goschler* (Hg.), Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts, 4 Bde., Göttingen 2012; *Hans Günter Hockerts u. a.* (Hg.), Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000, Göttingen 2006.

12 Ausführlicher dazu demnächst: *Svenja Goltermann*, Opferwissen. Eine Geschichte des Kriegsofers.

können körperliche und seelische Leiden in unterschiedliche Deutungszusammenhänge eingeordnet werden, die sich historisch verändern.

Deshalb halte ich es für richtig, die Figur des Opfers (im Sinne eines passiven Opfers von Gewalt) als das Resultat von veränderbaren Fremd- und Selbstzuschreibungen zu begreifen, die an die Entstehung und Verbreitung von Wissen gebunden sind, darunter rechtliches Wissen oder auch medizinisches, etwa über die menschliche Verarbeitungsfähigkeit von Gewalterfahrungen. Für die Auseinandersetzung mit der Frage nach einer Entschädigung als Menschenrecht ist das höchst relevant. Denn eine solche Sichtweise impliziert, zur Kenntnis zu nehmen, dass „Wissen“ – und mit ihm die Körper und Psychen, die es hervorbringt und aus denen es hervorgeht – stets eine Geschichte hat. Folgt man diesem Argument, erweist es sich als problematisch, gegenwärtig vorherrschende Vorstellungen über Opfer auf andere Epochen zurück zu übertragen. Doch das ist nicht das einzige Problem, wie etwa der Blick auf Südafrika seit dem offiziellen Ende des Apartheid-Systems deutlich macht, das deshalb insbesondere im zweiten Teil des Aufsatzes im Mittelpunkt steht. Das Beispiel Südafrika verweist nämlich auf ein komplexes Verhältnis zwischen Gewalterfahrungen und der (Selbst)Zuschreibung eines Opferstatus, wie es derzeit in vergleichbarer Weise in den meisten Ländern Europas, so scheint es, kaum mehr präsent ist. Ähnlich komplex ist die in Südafrika geführte Diskussion über die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung. Während sie in den USA und vielen Ländern Europas die Wahrnehmung von Leiden beträchtlich verändert hat,¹³ findet in Südafrika – und nicht nur dort – eine Debatte statt, ob diese Diagnose ein universell anwendbares Konzept darstellt, um die Verarbeitungsweise von Gewalterfahrungen in allen Teilen der südafrikanischen Gesellschaft angemessen zu erfassen. Die Entschädigungsproblematik ist von beiden Themen unmittelbar berührt.

Opfer, passiv. Eine kleine Genealogie

Dass die Selbstbeschreibung als Opfer und die Identifizierung anderer als Opfer während der vergangenen Jahrzehnte beträchtlich zugenommen hat, wird mittlerweile wohl kaum mehr bestritten. Doch wer sich gegenwärtig mit diesem Phänomen zu beschäftigen beginnt, ist damit konfrontiert, dass die Kritik an dieser Entwicklung offenbar schneller Einzug gehalten hat als historische Analysen, die der Konjunktur dieser (Selbst)Beschreibung als Opfer nachgehen. An kritischen Äußerungen gegenüber der Vielzahl an Behauptungen, man sei ein Opfer geworden, fehlt es jedenfalls nicht, so etwa in den USA, wo unter anderem Kritiker des Wohlfahrtsstaates gegen Opfer und ihre geltend gemachten Ansprüche mobilisieren.¹⁴ Aber auch Menschen, die selber Gewalt erlitten haben, verschaffen sich mittlerweile, wenngleich selten, Gehör, um sich gegen Opferzuschreibungen zu verwehren und darauf zu bestehen, dass sie auch etwas anderes sind und sein wollen als bloße Opfer.¹⁵ Doch Studien,

¹³ Vgl. *Didier Fassin/Richard Rechtman*, *The Empire of Trauma. An Inquiry into the Condition of Victimhood*, Princeton 2009.

¹⁴ Vgl. dazu *Alyson M. Cole*, *The Cult of True Victimhood. From the War on Welfare to the War on Terrors*, Stanford 2006.

¹⁵ Vgl. etwa *Pinar Selek/David Signer*, *Ich will nicht als Opfer gesehen werden*, in: *DU – die*

die eine längere historische Zeitspanne in den Blick nehmen, um der Frage nachzugehen, wie der Opferstatus zu einer solch verbreiteten und plausiblen Deutung werden konnte, sind rar. Sofern es sie gibt, teilen ihre Verfasser jedoch meist eine Annahme: dass diese Entwicklung auf die Erfahrungen der beiden Weltkriege zurückzuführen ist.¹⁶ Die immense Zahl an Toten scheint wie selbstredend dafür zu sprechen. Zudem gilt als ein wichtiges Indiz, dass sich nach 1945 die Bedeutung des Opferbegriffs gewandelt habe. So sei der Toten nicht mehr länger aufgrund eines Opfers gedacht worden, das sie *für* etwas erbracht hätten, sondern weil sie Opfer *von* Gewalt geworden seien; an die Stelle des aktiven Opfers sei mithin das passive Opfer getreten.¹⁷ Das ist zweifellos zutreffend. Allerdings ist diese Beobachtung erheblich durch den Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte bestimmt. Auf die Alliierten oder diejenigen Länder, die unter deutscher Besatzung gestanden hatten, ist sie nicht ohne Weiteres übertragbar.¹⁸ Doch das ist nicht das einzige Argument, das dagegen spricht, in den Weltkriegen den Ausgangspunkt für diese Opferzuschreibung zu sehen. Denn zum einen kann man zeigen, dass die Größenordnung an Getöteten und Verletzten nicht hinreichend ist, um daraus eine besondere Aufmerksamkeit für Opfer von Gewalt abzuleiten.¹⁹ Zum andern geht es bei diesem Wandel nicht nur um ein verändertes Gedenken an die Toten. Die Thematisierung und Identifizierung von Personen und Gruppen, die als Opfer von Gewalt oder historischem Unrecht mittlerweile in den Blick geraten, zieht größere Kreise; sie erstreckt sich auf die Toten, nicht weniger jedoch auf die Lebenden. Wie also kann man diese Geschichte vom Aufstieg der modernen Opferkategorie anders erzählen?

Opfererzählungen und –zuschreibungen werden in der Gegenwart mit so vielen unterschiedlichen Erfahrungskontexten verbunden, dass es den *einen* Ausgangspunkt für eine solche Geschichte, die sich aus einer Ansammlung von Opferdeutungen aus unterschiedlichen Feldern zusammensetzt, nicht gibt. Ein möglicher Ansatzpunkt sind aber die Kriege des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Geht man bis in diese Zeit zurück, wird man zwar noch nicht auf das heutige Verständnis vom Kriegsoffer stoßen. Die Wahrnehmung von Soldaten und Zivilisten als Opfer von Gewalt entwickelte sich erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Selbst für Kriege gilt damit, was in anderen Bereichen auch Gültigkeit hat: Die Figur des Opfers ist vor allem ein Phänomen

Zeitschrift der Kultur 70 (2010), 106–107; dies., Opferpolitik oder Freiheit, http://www.pinarselek.com/public/page_item.aspx?id=243 (31.7.2014). Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die frühe, seinerzeit stark kritisierte Intervention von Frigga Haug, die sich 1980 dagegen verwehrt, Frauen lediglich als Opfer zu betrachten. Vgl. *Frigga Haug*, Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen, in: *Das Argument* 123 (1980), 643–649.

16 Vgl. u. a. *Manfred Hettling/Jörg Echternkamp*, Heroisierung und Opferstilisierung. Grundelemente des Gefallenengedenkens von 1813 bis heute, in: dies. (Hg.), *Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung*, München 2013, 123–158.

17 Pointiert dazu *Reinhart Koselleck*, Die Diskontinuität der Erinnerung, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 47 (1999), 213–222.

18 Vgl. u. a. *Pieter Lagrou*, *The Legacy of Nazi Occupation. Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945–1965*, Cambridge 2004; *Richard Ned Lebow u. a.* (Hg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*, Durham/NC 2006.

19 Vgl. *Dieter Langewiesche*, Eskalierte die Kriegsgewalt im Laufe der Geschichte?, in: *Jörg Baberowski* (Hg.), *Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, 12–36.

des 20. und 21. Jahrhunderts. Trotzdem profitiert eine Genealogie des passiven Opfers von einer längeren zeitlichen Perspektive. Denn sie erlaubt, diverse Möglichkeitsbedingungen für jene historischen Prozesse freizulegen, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts die Figur des Opfers und spezifische Wahrnehmungen von diesem hervorbrachten. Ganz zentral dafür waren die folgenden vier Voraussetzungen: *Erstens* der Anspruch, dass Kriegstote namentlich identifiziert werden müssten – eine Erwartung, die sich im Verlauf des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts herausbildete; *zweitens* völkerrechtliche Änderungen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, die grundlegend dafür waren, dass Angehörige der Zivilbevölkerung als Opfer in den Blick gerieten; *drittens* die mit dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Ausdehnungen und Ausdifferenzierungen von Sozialleistungen; sie waren entscheidend dafür, dass sich ein Kampf um die Anerkennung als Opfer von Gewalt entfachte; und *viertens* die Etablierung spezifischer Konzepte vom psychischen Trauma und die Formierung eines „Empire of Trauma“²⁰ seit den 1980er Jahren, die für die heutige Opferwahrnehmung nach wie vor von größter Bedeutung sind.

1. Identifizieren. Familien, die im Gefolge von Kriegen oder Diktaturen auf der Suche nach vermissten Angehörigen sind, können heute darauf zählen, dass ihr Anliegen weithin Gehör findet. Diverse Menschenrechtsorganisationen, humanitäre NGOs, aber auch Regierungen zählen es zu ihren Aufgaben, die Suche nach vermissten Personen zu unterstützen und die Identifizierung von sterblichen Überresten durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, von Experten und geeigneten Analyseinstrumenten zu ermöglichen.²¹ Für Regierungen, die sich derartigen Bemühungen widersetzen, hat das einen Preis: Sie gelten häufig als moralisch diskreditiert, und sie sind, zumal bei angenommenen Menschenrechtsverbrechen, politischem Druck ausgesetzt.

Diese Konstellation ist vergleichsweise neu. Ohne die Internationalen Strafverfahren, die seit den 1990er Jahren angestrengt wurden, um Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen zu ahnden, ist sie mutmaßlich nicht zu denken. Zudem wird mittlerweile angenommen, dass das ungeklärte Schicksal von vermissten Personen Friedensprozesse beeinträchtigt und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergräbt. Entsprechend hat die internationale Staatengemeinschaft einem „Recht auf Wahrheit“ zugestimmt, das unter anderem das *Recht* von Familien bekräftigt, über das Schicksal ihrer Angehörigen informiert zu werden.²² Die wachsende Zahl an Einsätzen von forensischen Experten, die Massengräber orten, sterbliche Überreste namentlich identi-

²⁰ Fassin/Rechtman, *Empire of Trauma*.

²¹ Dafür steht auch die *International Commission for Missing Persons*, die im Gefolge des Jugoslawienkrieges im Jahr 1996 auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton gegründet wurde. Sie unterstützt seither Regierungen in Kriegs- und Krisengebieten bei der Identifizierung von sterblichen Überresten Vgl. <http://www.ic-mp.org> (9. 8. 2014). Vgl. dazu u. a. Sarah Wagner, *To Know Where He Lies. DNA Technology and the Search for Srebrenica's Missing*, Berkeley 2008.

²² Vgl. u. a. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 18. Dezember 2013, 68/165. Das Recht auf Wahrheit, <http://www.un.org/depts/german/gv-68/band1/ar68.165.pdf> (11. 8. 2014). Das Recht der Familien, das Schicksal ihrer Angehörigen zu erfahren, wurde erstmals im Jahr 1977 im Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen von 1949 festgelegt.

fizieren und die genaue Ursache des Todes abklären, ist in diesem Kontext zu sehen. Sie sind damit ein wichtiger Akteur in der Herstellung eines spezifischen Opferwissens, das heute darauf angelegt ist, ein Wissen über Opfer *von* Gewalt zu sein.

Noch im 19. Jahrhundert kannte man eine solche Lesart nicht. Sowohl für Europa als auch die USA gilt allerdings, dass ein zentraler Strang für die Genese der heute vorherrschenden Opferwahrnehmung in dieser Zeit zu finden ist: Es geht um die Herausbildung von Praktiken des Erfassens, Dokumentierens und Identifizierens von Kriegstoten, genauer gesagt von toten Soldaten.²³ Von Bemühungen um eine systematische Erfassung von Zivilisten, die durch Kriegsgewalt ums Leben kamen, konnte seinerzeit nämlich keine Rede sein.

Auch im Hinblick auf die Soldaten handelte es sich jedoch um einen schrittweisen Prozess. Dieser hatte verschiedene, nicht einmal unbedingt kausal verknüpfte Anfänge, und es waren unterschiedliche Akteure mit durchaus disparaten Interessen und Bedürfnissen, die ihn vorantrieben. Eine zentrale Rolle spielte der Staat, der seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein gesteigertes Interesse an Information besaß. In vielen europäischen Ländern war ein Grund dafür die Neuregelung von Erbschaftsansprüchen.²⁴ Sie betraf auch die Hinterbliebenen verstorbener Soldaten, denen neue Möglichkeiten offen standen, die Hinterlassenschaft der Toten zu übernehmen. Die Feststellung des Todes war dafür aber eine unerlässliche Voraussetzung. Ein neuer Bedarf an Information über den Tod von Soldaten war die Folge, ihre namentliche Identifizierung eingeschlossen.²⁵ In diesem Zuge zeigte sich, dass die Möglichkeit, Namen und persönliche Daten von verstorbenen Soldaten zu sammeln, bislang völlig unzureichend war, um den Anfragen von Angehörigen vermisster Soldaten gerecht zu werden. Die Folge waren offizielle Anordnungen, die Ärzten in Lazaretten vorgaben, welche Daten auf den Totenscheinen verstorbener Soldaten einzutragen waren. Das war notwendig: Wie zutage trat, versäumten es Lazarette seinerzeit nämlich häufig, Totenscheine für verstorbene Soldaten auszustellen oder diese an die entsprechenden staatlichen Stellen weiterzuleiten.²⁶

Ein Interesse, neue Praxen der Wissensgenese über den Tod von Soldaten zu etablieren, zeigten im Verlauf der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber auch eine Reihe von Ärzten und sozialreformerischen Philanthropen. Sie drängten ebenfalls darauf, dass in den Lazaretten der Tod von Soldaten, zudem aber auch noch ihre Verletzungen und Krankheiten exakter erfasst werden müssten, um – das war das Entscheidende – zuverlässige Daten über die Mortalitätsursachen der Soldaten im Krieg zu gewinnen.²⁷

²³ Vgl. dazu auch *Drew Gilpin Faust*, *This Republic of Suffering*. Death and the American Civil War. New York 2008, 102–136.

²⁴ Vgl. u. a. *Patricia Y. C. E. Lin*, *Caring for the Nation's Families*. British Soldiers' and Sailors' Families and the State, 1793–1815, in: Alan Forrest u. a. (Hg.), *Soldiers, Citizens and Civilians*. Experiences and Perceptions of the Revolutionary and Napoleonic Wars, 1790–1820, New York 2009, 99–117; Sammlung einzelner Vorschriften, Dienstsanweisungen und sonstiger Ausarbeitungen über die Verwaltung der Lazarethe bei der Königl. Preußischen Armee (2. in einigen Punkten berichtigte Auflage), Berlin 1815, 283 f.

²⁵ Vgl. *Lin*, *Caring*, 107; *Sammlung*, 127 f., 135 f., 191 f., 290; *Faust*, *Republic of Suffering*, 103.

²⁶ Vgl. *Sammlung*, 283 f., 291, 298.

²⁷ Vgl. u. a. *Heinrich Hartmann*, *Der Volkskörper bei der Musterung*. Militärstatistik und Demographie in Europa vor dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 2011.

Das Anliegen, Leiden nach Möglichkeit zu verringern, war ein Antrieb dafür. Doch das schloss ein weiteres, spezifisches Motiv nicht aus: Es ging darum, mittels einer akribischen Listenführung über die gesundheitlichen Schädigungen und Todesfälle den Nachweis führen zu können, dass die Mehrheit der Soldaten ihr Leben nicht auf dem Schlachtfeld, sondern aufgrund von Krankheiten verlor. Aus Sicht der Philanthropen und Ärzte handelte es sich damit um eine unnötige Schwächung der Armee, die vermieden werden könnte, sofern die Hygiene in den Lazaretten verbessert würde. Für entsprechende Reformen hatten die Regierungen Sorge zu tragen. Diese schienen dringend angezeigt, wollte man die nationale Wehrkraft erhalten und gegenüber anderen Staaten nicht ins Hintertreffen gelangen.²⁸

Schließlich: die Angehörigen. Auch sie machten im Verlauf des 19. Jahrhunderts zunehmend ein Interesse an der Identifizierung toter Soldaten geltend. Zweierlei fiel ins Gewicht: Erstens machte sich bemerkbar, dass sich seit dem späten 18. Jahrhundert eine Kultur des Todes herausgebildet hatte, die mit neuen Praxen des Trauerns verbunden war; sie bedingte eine Kenntnis vom Ort des Grabes, zudem eine Bestattung im Einzelgrab, in dem ein namentlich identifizierbarer Körper lag.²⁹ Zweitens hing für Frauen die Klärung des Familienstandes von einer Identifizierung der Toten ab und – hier kreuzten sich ihre Bedürfnisse mit denjenigen des Staates – die Anerkennung von Erbansprüchen.

Es waren mithin verschiedene Akteure, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr damit zufrieden geben wollten, von Soldaten, die nach dem Krieg nicht nachhause zurückkehrten, nichts weiter zu wissen, als dass sie eben „verschwunden“ waren und als „vermisst“ galten. Reaktionen blieben nicht aus: Anlässlich der etwa 12000 vermissten österreichischen Soldaten aus dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 landete das Problem der Identifizierung auf der Tagesordnung einer internationalen Konferenz, die über Modifikationen der ersten Genfer Konvention von 1864 beriet.³⁰ Die Problematik ungenügender Identifizierungsverfahren hatte damit Eingang in die internationale Kodifikation von Rechten gefunden; die Bemühungen um eine Identifizierung der Toten waren zu einer Frage der zivilisierten Kriegführung geworden. Von kriegsführenden Parteien erwartete man demnach, dass sie einander möglichst bald ihre Verzeichnisse mit den Toten, Verwundeten und Gefangenen übergeben. Um die Identität von Soldaten mit größerer Sicherheit als bislang festzustellen, wurde deshalb nicht weniger als die Einführung einer neuen Identifizierungstechnik auf den Weg gebracht: die Erkennungsmarke für Soldaten. Die preußische Regierung war die erste, die sich bereit erklärte, die Marke verpflichtend für ihre Soldaten einzuführen. Frankreich zog im Jahr 1881 als zweiter Staat nach (allerdings noch nicht für

28 Vgl. etwa Die Beschlüsse des Internationalen Statistischen Congresses in seiner V. Sitzungsperiode, abgehalten zu Berlin vom 6. bis 12. September 1863, Berlin 1864, 41 f.

29 Vgl. u. a. *Thomas Laqueur*, Memory and Naming in the Great War, in: John R. Gillis (Hg.), *Commemorations. The Politics of National Identity*, Princeton NJ 1994, 150–167; *Philippe Ariès*, *Geschichte des Todes*, München 192009.

30 *Gottfried Friedrich Franz Loeffler*, *Das Preussische Militär-Sanitätswesen und seine Reform nach der Kriegserfahrung von 1866*, Teil 1: Die freiwillige Krankenpflege und die Genfer Convention, Berlin 1868, 63 f.

die Angehörigen seiner Kolonialtruppen), und auch Großbritannien folgte noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs diesem Beispiel.³¹

Diese Identifizierungsmarken spielten eine wesentliche Rolle in der Entstehung dessen, was man als einen Apparat der Genese und der Verbreitung von Opferwissen bezeichnen kann: In den Lazaretten erleichterten sie die Führung von Listen mit Informationen. Diese wiederum spielten eine wichtige Rolle für die privaten Hilfsorganisationen, die mit staatlicher Rückendeckung erstmals im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 in diversen Städten offizielle Auskunftsbüros errichteten, um Informationen über den Verbleib von vermissten Soldaten an die Angehörigen weiterzuleiten.³² Zudem veränderten die neuen Identifizierungstechniken die Listen, die Zeitungen veröffentlichten, um der Öffentlichkeit Mitteilung über die im Krieg verstorbenen, seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch der verletzten Soldaten zu machen. So wurden die Listen im Verlauf des 19. Jahrhunderts nicht nur immer länger (ohne dass dies notwendigerweise mit der realen Entwicklung der Kriegstoten übereinstimmte); sie wiesen auch immer differenzierter die gesundheitlichen Schädigungen der Soldaten aus. Diese Listen erzeugten damit im Verlauf des 19. Jahrhunderts ein anderes Wissen über die Anzahl verletzter und getöteter Soldaten, die in den kriegsführenden Ländern, vermittelt über die Printmedien, eine bis dahin nicht erreichte Sichtbarkeit erhielten.³³

Während des Ersten Weltkriegs erlangten die Identifizierungsmarke und mit ihr die neuen Identifizierungstechniken eine bislang ungekannte Bedeutung. Neue Waffentechniken hinterließen Leichen, die so entstellt waren, dass sie nur noch mithilfe der Erkennungsmarke identifiziert werden konnten. Dennoch zählte man am Ende des Krieges allein in Europa annähernd fünf Millionen Vermisste.³⁴ Die Vorstellung, dass ein toter Soldat namentlich zu identifizieren sei, und Staaten im Kontext von Kriegen in der Lage sein müssten, über den Verbleib ihrer Soldaten Auskunft zu geben, war mittlerweile jedoch zu einer Norm geworden, die von Regierungen nicht mehr ohne Weiteres übergangen werden konnte. Das Grabmal des „Unbekannten Soldaten“ ist dafür eines der wichtigsten Zeugnisse.

Entsprechend blieb auch die Identifizierungstechnik der Erkennungsmarke nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur erhalten; sie wurde sogar weiter verfeinert und standardisiert.³⁵ Dasselbe gilt für den gesamten Apparat, in dem die Wissensproduktion und Zirkulation von Information über den Verbleib verletzter, gefangener und verstorbener Soldaten abgewickelt wurde. Dafür steht etwa die Einrichtung zahlreicher Suchdienste im 20. Jahrhundert. Allerdings mussten sich diese zunehmend in kaum vorstellbarem Maße auch mit der Suche nach vermissten Zivilisten beschäftigen.³⁶ Die Namenskartei des Suchdienstes vom DRK München veranschaulicht mit ihren heute

31 Vgl. *Luc Capdevila/Danièle Voldman*, War Dead. Western Societies and the Casualties of War, Edinburgh 2006, 23.

32 Vgl. u. a. Das Central-Nachweise-Bureau in Berlin, in: Militair-Wochenblatt, 56 (1871) H. 88.

33 Beispielhaft dafür The Times, 4. 7. 1811; The Times, 13. 9. 1855, 6; The Times, 20. 7. 1901, 13.

34 *Christoph Rass*, Tote Soldaten auf den Schlachtfeldern der Weltkriege – dienstbare Leichen zwischen tabuisiertem Sterben und kollektivem Totenkult?, in: Dominik Groß (Hg.), Die dienstbare Leiche: Der tote Körper als medizinische, soziokulturelle und ökonomische Ressource, Kassel 2009, 66–71.

35 *Capdevila/Voldman*, War Dead, 24 f.

36 Vgl. *Jenny Edkins*, Missing. Persons and Politics, New York 2011.

ca. 53 Millionen Suchkarten lediglich beispielhaft, welch ein gigantisches Ausmaß die Arbeit an der Identifizierung im Verlauf des 20. Jahrhundert gewann.

II. Völkerrechtliche Verschiebungen. Der Zweite Weltkrieg war für diese Verschiebung zentral – der Ausgangspunkt für eine Wahrnehmung von Zivilisten als Kriegsopfer war er aber nicht. Die Geschichte des zivilen Kriegsopfers reicht einige Jahrzehnte weiter zurück. Verfolgt man die zeitgenössischen Deutungen, wird man feststellen, dass Zivilisten schon seit dem Ersten Weltkrieg auf ganz andere Weise als zuvor in den Wahrnehmungshorizont einrückten – sofern es sich um zivile Opfer von so genannten „zivilisierten“ Gegnern handelte. Was die Gründe für diese sich ändernde Aufmerksamkeit angeht, fallen die Entgrenzung der Kriegsführung, zudem veränderte Waffentechniken, sicher ins Gewicht. Entscheidender aber waren neuartige internationale Regelungen zum Schutz von Nichtkombattanten, wie sie in umfassender und kodifizierter Form erstmals mit den Haager Abkommen von 1899 und 1907 festgelegt wurden. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ging ihnen die Wahrnehmung voraus, dass die Trennung von Zivilisten und Kombattanten rechtlich fixiert werden müsse. Erst seit den Haager Ordnungen aber traten Kampfhandlungen und andere schwere Vergehen gegen Zivilisten viel schärfer als zuvor hervor; vor allem konnten sie nunmehr als „Kriegsverbrechen“ kontextualisiert werden. Das war einschneidend – das 19. Jahrhundert kannte diesen Begriff noch nicht.³⁷

Zweifelloos liefert das 20. Jahrhundert hinreichend Beispiele dafür, dass internationale Abkommen keine Gewähr dafür waren, dass Staaten nicht auch weiterhin Krieg gegen Zivilisten führten. In den Kolonialkriegen war es ohnehin ein Leichtes, völkerrechtliche Regelungen zu unterlaufen.³⁸ Was die Kriege auf dem europäischen Kontinent angeht, ist dennoch nicht zu übersehen, dass die Haager Ordnungen und nachfolgende Konventionen ein moralisches Regulativ für die Rechtmäßigkeit von Kriegshandlungen setzten.³⁹ Kamen Zivilisten zu Schaden, waren Vorwürfe an den Gegner, eine verbrecherische Kriegsführung zu betreiben, seither gang und gäbe. Zweierlei war die Folge: Erstens gehört in diesen Kontext die Entstehung von Ermittlungsverfahren und der Einsatz von Kommissionen, Vorwürfe zu prüfen, dass Kriegsverbrechen an Zivilisten begangen worden seien. Der Bericht über die Kriegsführung während des Balkankriegs 1912/13, angefertigt von einer internationalen Kommission im Auftrag des *Carnegie Endowment for International Peace*, ist dafür

³⁷ Vgl. *Daniel Marc Segesser*, *Recht statt Rache oder Rache durch Recht? Die Ahndung von Kriegsverbrechen in der internationalen wissenschaftlichen Debatte 1872–1945*, Paderborn 2010; *Heidi Mehrkens*, *Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71*, Essen 2008, 171 f.; sowie *Sönke Neitzel/Daniel Hohrat* (Hg.), *Kriegsgreuel. Die Entgrenzung der Gewalt in kriegerischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert*, Paderborn 2008.

³⁸ Vgl. *Harald Kleinschmidt*, *Diskriminierung durch Vertrag und Krieg. Zwischenstaatliche Verträge und der Begriff des Kolonialkriegs im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, München 2013; *Frédéric Mégret*, *From ‚Savage‘ to ‚Unlawful Combatants‘. A Postcolonial Look at International Humanitarian Law’s ‚Other‘*, in: Anne Orford (Hg.), *International Law and its Others*, Cambridge 2006, 265–317.

³⁹ Vgl. *Alan Kramer*, *Kriegsrecht und Kriegsverbrechen*, in: Gerhard Hirschfeld u. a. (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2004, 281–292, 289.

das erste Zeugnis.⁴⁰ Zweitens setzten kriegführende Parteien wie auch humanitäre Organisationen seit dem Ersten Weltkrieg zunehmend Bilder getöteter Zivilisten – oftmals von Kindern – ein, um auf einer emotionalen Klaviatur zu spielen, die nicht nur darauf ausgerichtet war, Hilfsleistungen für Opfer von Gewalt zu mobilisieren, sondern eben auch die Unmenschlichkeit des Gegners anzuprangern und den eigenen Krieg zu legitimieren. Ohnehin sollte die Entdeckung des zivilen Kriegsopfers nicht darüber hinweg täuschen, dass die moralische Selbstverpflichtung gegenüber Zivilisten aus Kriegs- und Krisengebieten stets Grenzen kannte. Das zeigte sich etwa, wenn es *konkret* um die Aufnahme von Flüchtlingen ging – selbst zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Erst nach den massenhaften Verbrechen der Nationalsozialisten und zu Beginn des Kalten Krieges sollten Zivilisten in den Mittelpunkt des humanitären Völkerrechts rücken.⁴¹ Auch die Menschenrechte, die für die heutige Opferwahrnehmung zentral sind, wurden nach 1945 zur universellen Norm – wenn auch nicht zur universellen Praxis. Trotz der internationalen Strafverfahren in Nürnberg und Tokyo sollte es zudem weitere fünfzig Jahre dauern, bis sich die internationale Staatengemeinschaft durchringen konnte, in Den Haag den internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung von Kriegsverbrechen einzurichten.

III. Entschädigungen. Entscheidend für die zunehmenden Opferzuschreibungen waren allerdings nicht nur die Ansprüche auf eine Identifizierung von Kriegstoten und neue völkerrechtliche Verschiebungen, sondern auch die schrittweise Ausdehnung und Ausdifferenzierung von Versorgungsleistungen für Kriegsbeschädigte seit dem Ersten Weltkrieg. Auch hier muss man sich vor Augen halten: Kriegsversehrte wurden nicht immer, wie heute, als ein Opfer *von* Gewalt gedeutet. Sowohl von politischer und institutioneller Seite als auch von den Betroffenen selber wurden körperliche Verletzungen während des Ersten Weltkriegs – teilweise auch darüber hinaus – als Opfer *für* das Vaterland verstanden und medial als solche inszeniert. Nicht einmal Kinder, die aufgrund des Krieges schwer verletzt wurden, waren seinerzeit von dieser Zuschreibung ausgeschlossen.⁴² Im Falle der Soldaten waren es unter anderem besondere Abzeichen, die überall in den kriegführenden europäischen Staaten, ob in Großbritannien, Frankreich, Italien oder Deutschland, den Verwundeten für sein dargebrachtes Opfer ehrten.⁴³

40 Vgl. *Frances Trix*, Peace-Mongering in 1913. The Carnegie International Commission of Inquiry and its Report on the Balkan Wars, in: *First World War Studies* 5 (2014) H. 2, 1–16; *Maria Todorova*, Imagining the Balkans, New York 1997, 3.

41 Vgl. *Mark Lewis*, The Birth of the New Justice. The Internationalization of Crime and Punishment, 1919–1950, Oxford 2014; *Karma Nabulsi*, Evolving Conceptions of Civilians and Belligerents. One Hundred Years after the Hague Peace Conferences, in: Simon Chesterman (Hg.), *Civilians at War*, London 2001, 9–24.

42 Vgl. *Andrea Süchting-Hänger*, „Kindermörder“. Die Luftangriffe auf Paris, London und Karlsruhe im Ersten Weltkrieg und ihre vergessenen Opfer, in: Dittmar Dahlmann (Hg.), *Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution*, Paderborn 2000, 73–92, 81 f.

43 Zu Frankreich vgl. *Michael Geyer*, Ein Vorbote des Wohlfahrtsstaates. Die Kriegsopferversorgung in Frankreich, Deutschland und Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983) H. 2, 230–77, 239; *Deborah Cohen*, *The War Come Home. Disabled Veterans in Britain and Germany, 1914–1939*, Berkeley 2001.

Auch das Versorgungswesen für Kriegsbeschädigte, das die meisten europäischen Staaten im Zuge des Ersten Weltkrieges reformierten, verstanden die Zeitgenossen anfangs ebenfalls in diesem Sinne.⁴⁴ Bereits im Verlauf des Krieges zeichnete sich jedoch eine neue Deutung ab, die Kriegsversehrte öffentlich vermehrt als Opfer von Krieg und Gewalt zu beschreiben begann. Dieser Trend war in den europäischen Staaten zunächst noch unterschiedlich stark ausgeprägt. Ein Grund dafür war sicherlich, dass ein siegreicher Ausgang anders als eine Niederlage unterschiedliche Möglichkeiten der Sinndeutung für das „Opfer“ zuließ.⁴⁵ Doch Sieg und Niederlage sind nicht hinreichend, um diese Verschiedenheit zu erklären. Auch die unterschiedliche Ausgestaltung der Versorgungssysteme war, so ließe sich zeigen, von Gewicht. Entscheidend aber ist in diesem Zusammenhang, dass die Umdeutung des Kriegsversehrten in ein Opfer von Kriegsgewalt in allen europäischen Staaten durch die Ausweitung des Versorgungswesens verstärkt wurde. Denn trotz aller Unterschiede in der Ausgestaltung der Versorgungssysteme war der Versehrte, der eine Entschädigung für sein Opfer reklamierte, nur *teilweise* ein Produkt des Krieges. Die Anerkennung der Versehrtheit hing nämlich immer von administrativen Vorgaben, juristischen Verfahrensweisen und medizinischen Deutungen ab.⁴⁶ Maßgeblich war somit, dass die Behörden, die Ärzte und die Juristen oft andere Vorstellungen davon hatten, wie eine körperliche Beschädigung einzustufen und zu entschädigen sei, als die Versehrten. So war etwa aus Sicht der Behörden die Beschädigung eines Beines anders zu bewerten als die eines Armes. Bei einer Reihe von Krankheiten – vor allem, aber nicht nur den psychischen – bezweifelten die Ärzte, die der vorherrschenden medizinischen Lehrmeinung folgten, ohnehin, dass es sich um eine Folge von Kriegseinwirkungen handelte.⁴⁷ Ein Kampf um die Anerkennung als Kriegsoffer war die Folge, da sich viele ehemalige Soldaten um ihren Anspruch betrogen glaubten.⁴⁸ Diese Entwicklung sollte sich nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der ungeheuren Zahl an geschädigten Zivilisten noch ausweiten, die in die Versorgung der Kriegsbeschädigten mit aufgenommen wurden.

Für die Zeit seit dem Ersten Weltkrieg kann man dennoch festhalten: Die Vorstellungen, wer ein Opfer von Krieg und Gewalt geworden war, hatten sich prinzipiell

44 Vgl. u. a. *Natali Stegmann*, *Kriegsdeutungen – Staatsgründungen – Sozialpolitik. Der Helden- und Opferdiskurs in der Tschechoslowakei 1918–1948*, München 2010, 92–98; *Sabine Kienitz*, *Beschädigte Helden. Kriegsinvalidität und Körperbilder 1914–1923*, Paderborn 2008; *Cohen*, *War Come Home*; *Geyer*, *Vorbote des Wohlfahrtsstaates*.

45 *Deborah Cohen*, *Civil Society in the Aftermath of the Great War. The Care of Disabled Veterans in Britain and Germany*, in: Frank Trentmann (Hg.), *Paradoxes of Civil Society. New perspectives on Modern German and British History*, New York 2000, 352–368, 353.

46 Das lässt sich auch an Zahlen ablesen: Legt man die Verwundetenzahlen aus dem Jahr 1919 zugrunde, bekamen nämlich in Italien zehn Jahre später prozentual erheblich viel weniger Verwundete eine Kriegsofferrente zugesprochen als etwa in Frankreich oder in Großbritannien. *Henry H. Kessler*, *The Crippled and the Disabled. Rehabilitation of the Physically Handicapped in the United States*, New York 1935, 146. Für das Jahr 1918 liegen Schätzungen der International Labor Organization zugrunde.

47 Vgl. u. a. *Pamela Moss/Michael J. Prince* (Hg.), *Weary Warriors. Power, Knowledge, and the Invisible Wounds of Soldiers*, New York 2014; *Stephanie Neuner*, *Politik und Psychiatrie. Die staatliche Versorgung psychisch Kriegsbeschädigter in Deutschland 1920–1939*, Göttingen 2001.

48 Vgl. *Kienitz*, *Beschädigte Helden*; Ein Hinweis darauf auch bei *Maria Bucur*, *Heroes and Victims. Remembering War in Twentieth Century Romania*, Bloomington 2009, 83, 277; s. a. *Rass*, *Tote Soldaten*.

erweitert. Sie erstreckten sich nicht nur auf Zivilisten, auch verletzte Soldaten waren mit eingeschlossen. Vor allem begannen sich diese selber als passive Opfer des Krieges zu beschreiben, und zwar dann, wenn sie den Eindruck gewannen, dass ihnen eine angemessene Entschädigung – etwa in Form einer Rente – für die von ihnen erlittene körperliche Schädigung versagt blieb. Die (Selbst)Zuschreibung einer aktiven Opferbereitschaft war damit aber nicht verschwunden. Diese Ambivalenz blieb bestehen, wenngleich sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den meisten europäischen Ländern ein Wandel bemerkbar machte, der im öffentlichen Diskurs zunehmend nicht mehr die aktiven, heldenhaften Opfer, sondern das passive, leidende Opfer hervorhob.⁴⁹ Das war in Deutschland besonders ausgeprägt, wofür insbesondere die unbedingte moralische Diskreditierung infolge der nationalsozialistischen Verbrechen ausschlaggebend war. Wie die europäisch vergleichende Perspektive zeigt, lebte in den anderen kriegführenden europäischen Staaten die Figur des heldenhaften Opfers hingegen weiter. Die Erinnerung an die Märtyrer der italienischen *resistenza* oder der französische *résistance* sind dafür nur Beispiele. Vor allem aber zeigt sich in einer Vielzahl europäischer Länder, dass den durch Krieg oder Verfolgung Geschädigten öffentlich keineswegs der gleiche Opferstatus zugeschrieben wurde. Hier fielen politische und finanzielle Erwägungen, auch moralische Wertsetzungen ins Gewicht. Frankreich etwa legte anfänglich unterschiedliche Versorgungsregelungen fest, zum einen für die aktiven Widerstandskämpfer, zum anderen für die äußerst heterogene Gruppe der so genannten „politischen Deportierten“, in der Zwangsarbeiter und deportierte Juden zusammengefasst waren. Da diese passiv gewesen seien, leitete man daraus einen geringeren Anspruch auf Rentenzahlungen ab als bei den aktiven Kämpfern der *Résistance*.⁵⁰

IV. Trauma. Wenn in den letzten zwanzig Jahren nun eine Vervielfältigung an Opfergruppen zu beobachten ist, die im öffentlichen Raum einen zum Teil scharfen Kampf um Anerkennung ausfechten, so wird man dafür einen weiteren paradigmatischen Schub berücksichtigen müssen: Er ist zumindest in der „westlichen Welt“ mit der Annahme verknüpft, dass Menschen zu Opfern werden, weil sie durch Gewalteinwirkungen und andere Grausamkeiten langfristige psychische Schädigungen davontragen können. Der entscheidende Durchbruch für dieses Paradigma erfolgte erst nach der „Erfindung“ der Posttraumatischen Belastungsstörung und ihrer offiziellen Anerkennung als Diagnose im Jahr 1980. Zwei Faktoren spielten dafür im Vorfeld eine Schlüsselrolle: Erstens die US-amerikanische feministische Bewegung. Sie stellte sich zu Beginn der 1970er Jahre hinter die laufenden Kampagnen zum Schutz missbrauchter Kinder und machte sich neue Befunde über die psychischen Auswirkungen sexuell missbrauchter Kinder zu eigen. Damit lief sie gegen die orthodoxe Psychoanalyse Sturm, die in den Geschichten sexuellen Missbrauchs nur ödipale

49 Vgl. u. a. Oliver Janz, Kriegstod und politischer Totenkult in der neueren Geschichte Italiens, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 84 (2004), 360–372, 368f.; George L. Mosse, Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars, Oxford 1990.

50 Vgl. dazu Claudia Moisel, Pragmatischer Formelkompromiss. Das deutsch-französische Globalabkommen von 1960, in: Hans-Günter Hockerts u. a. (Hg.), Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945–2000, Göttingen 2002, 242–284.

Phantasien erkannte.⁵¹ Zweitens, und für die offizielle Anerkennung der Diagnose relevanter: die Vietnamveteranen.⁵² Sie versprachen sich von einer neuen Diagnose das Recht auf Entschädigung (die es bislang in solchen Fällen nicht gab); zudem war der soziale Status als anerkanntes Opfer des Krieges weitaus attraktiver als der eines besiegten Soldaten. Die neue medizinische Klassifikation, die vor allem von Ärzten der Antivietnamkriegsbewegung vorangetrieben worden war, schloss dabei auch Täter nicht aus, die grausamste Handlungen an Vietnamesen verübt hatten. Dem lag die Annahme zugrunde, dass die vietnamesische Kampfführung im Dschungel die eigentlich unnormale Situation gewesen sei und ganz normale amerikanischen Männer dazu gebracht habe, Verbrechen zu begehen.⁵³ Die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung machte sie offiziell zu Leidtragenden und Opfern eines Krieges, der somit für die meisten Vietnamkriegsveteranen kein Stigma mehr bedeutete. Mittlerweile hat sich die Annahme psychischer *Spätschäden* so sehr ausgeweitet, dass derartige Umdeutungsprozesse auch bei ehemaligen französischen Kolonialsoldaten, die in Algerien im Einsatz waren, und ehemaligen niederländischen Polizeikräften aus Indonesien zu beobachten sind. Diese reklamieren heutzutage ebenfalls, an Traumata zu leiden, was die Debatten über ihre persönliche Verantwortung für begangene Kriegsverbrechen erheblich erschwert hat.⁵⁴

Inzwischen zeigen einige Studien, dass seit nunmehr etwa fünfundzwanzig Jahren ein Prozess zu beobachten ist, in dem sich in der so genannten „westlichen Welt“ die Trauma-Annahme gewissermaßen zu einer Binsenwahrheit entwickelt hat. Der Sozialanthropologe Didier Fassin und der Psychiater Richard Rechtman sprechen sogar von einem neuen „Wahrheitsregime“. Mittlerweile werden nämlich von einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen wie auch von den Medien die unterschiedlichsten Ereignisse mit der Annahme eines vorliegenden Traumas verknüpft, das dann öffentlich auch kaum mehr infrage gestellt werden kann. Dabei tritt zutage, dass sich die gesellschaftlichen Vorstellungen über die persönliche und kollektive Verarbeitung von Kriegeinsätzen und terroristischen Angriffen, von Hunger- und Naturkatastrophen, grundlegend verändert haben.⁵⁵ Ein Beispiel von vielen, das dies sichtbar macht, ist die Tatsache, dass die Organisation „Ärzte der Welt“ anlässlich des Erdbebens in der iranischen Stadt Bam im Jahr 2004 mehr Psychiater und Psychologen in das Krisengebiet entsandte als Chirurgen und andere Ärzte, die eigentlich die klassische Besatzung bei früheren Katastropheneinsätzen darstellten.⁵⁶

51 Vgl. *Fassin/Rechtman*, *Empire of Trauma*, 78–84.

52 Vgl. *Patrick Hagopian*, *The Vietnam War in American Memory: Veterans, Memorials, and the Politics of Healing*, Amherst, MA 2011, 49–78; *Wilbur J. Scott*, *Vietnam Veterans Since the War: The Politics of PTSD, Agent Orange, and the National Memorial*, Norman OK 2004.

53 So die Argumentation von Robert Lifton, der von einer „atrocity-producing-situation“ sprach. Vgl. u. a. *Kendrick Oliver*, *The My Lai Massacre in American History and Memory*, Manchester 2006, 111.

54 Vgl. *Jolande Withuis/Anet Mooij*, *From Totalitarianism to Trauma. A Paradigm Change in the Netherlands*, in: dies. (Hg.), *The Politics of War Trauma. The Aftermath of World War II in Eleven European Countries*, Amsterdam 2010, 193–216, 209.

55 Vgl. *Fassin/Rechtman*, *Empire of Trauma*, 146.

56 *Didier Fassin*, *The Humanitarian Politics of Testimony. Subjectification through Trauma in the Israeli-Palestinian Conflict*, in: *Cultural Anthropology* 23 (2008) H. 3, 531–558, 538.

Der Verweis auf Traumata ist zudem zu einer Sprache für eine Politik des Unannehmbaren geworden. Das zeigen nicht zuletzt die heutigen Kampagnen verschiedener NGOs zur Hilfe für Kindersoldaten, in denen vor allem auf deren Traumatisierung verwiesen wird. Sie unterstreichen, dass Kindersoldaten, obwohl sie unabweisbar fürchterlichste Grausamkeiten begehen, vor allem Opfer sind – und zwar einer Kriegsführung, die in der „westlichen Welt“ als unzivilisiert gilt. Zudem müssen Überlebende von Katastrophen, von Unterdrückung und Verfolgung heutzutage auf ihre Rolle als Opfer verweisen, um gehört zu werden.⁵⁷ Es ist die Selbstbeschreibung als Opfer, die in der heutigen Wahrheitsökonomie der „westlichen Welt“ zu einer nahezu garantierten Aufmerksamkeit führt. Mit der dortigen ubiquitären Trauma-Annahme ist somit ein ganzer „Markt des Leidens“ entstanden – so eine treffende Formulierung von Fassin und Rechtman⁵⁸ –, die sich auf die Interpretation gegenwärtiger wie auch vergangener Ereignisse auswirkt. Tatsächlich kann man für zahlreiche europäische Länder und die USA sagen, dass die Vorstellung vom „Trauma“ mittlerweile zu einem zentralen Steuerungselement unserer historischen Vorstellungskraft geworden ist, mit der sich unsere Wahrnehmung von Gewaltereignissen in der Geschichte, aber auch in anderen Ländern außerhalb Europas beträchtlich verändert hat. Das kann man nahezu täglich in den Massenmedien verfolgen, die zudem offenbaren, wie sehr sich damit auch die Opferzuschreibungen vervielfältigt haben. Dieser Prozess ist auch institutionell befördert. Jüngst legte etwa der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in überaus bezeichnender Weise fest, dass „die Auslegung des Begriffs ‚Opfer‘ [...] im Lichte der Bedingungen der heutigen Gesellschaft zu entwickeln und ohne exzessiven Formalismus zu handhaben“ sei.⁵⁹ Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kommt offenbar an einem weiten Verständnis des Opferbegriffs nicht mehr vorbei.

Adaptionen und Ambivalenzen: Blicke nach und aus Südafrika

Diese Zunahme an Opferzuschreibungen, die in Europa – ebenso in den USA – während der letzten Jahrzehnte zu beobachten ist, hat auch die Wahrnehmung und Einordnung von Leidenserfahrungen in anderen Teilen der Welt nicht unberührt gelassen. Die Zuschreibung eines Opferstatus ist ein Phänomen geworden, das – anders etwa als zur Zeit des Kolonialismus – die Grenzen zum „globalen Süden“ überschreitet. Dafür ist heute mit entscheidend, dass die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung auch in diesen Weltregionen Einzug erhalten hat. Dazu haben unter anderem internationale Organisationen, wie die *International Society for Traumatic Stress Disorder*, mit Repräsentanten in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den Vereinten Nationen, beigetragen, die zunehmend eine Verflechtung von Traumadiskurs, Menschenrechtsdiskurs und Entschädigungsdiskurs aktiv betreiben. Zudem hat sich die WHO im Jahr 2002 dafür ausgesprochen, vor allem in

⁵⁷ Vgl. Fassin/Rechtman, *Empire of Trauma*, 279.

⁵⁸ *Ebd.*, 212.

⁵⁹ *Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte*, Leitfaden zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen, Dezember 2010, 14, http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Europarat_Dokumente/EGMR_Leitfaden_Zulaessigkeitsvoraussetzungen.pdf (30. 7. 2014).

Staaten, in denen Gesellschaften Kriege oder Bürgerkriege durchmachen mussten, „Methoden der Trauma-Heilung“ gezielt zu etablieren, da fortbestehende Traumata eine Gesundung der Gesellschaft verhinderten und damit den Friedensprozess gefährdeten.⁶⁰ Insgesamt hat das umgekehrt zur Folge, dass Opfererzählungen aus diversen Kriegs- und Krisengebieten sowie aus Gesellschaften, die politischer Gewalt ausgesetzt waren, heute weltweit zirkulieren. Der Sozialanthropologe Christopher J. Colvin spricht sogar davon, dass mittlerweile in diesen Gesellschaften ein „traumatic storytelling“ geradezu üblich sei. Diese produzierten dadurch eine wachsende Zahl an Geschichten über traumatische Leiden und mögliche Heilungsprozesse, wobei es, wie Colvin feststellt, auch eine dezidierte Nachfrage nach diesen Erzählungen gibt: Sie werden von Wahrheitskommissionen explizit erbeten (und in den dortigen Anhörungen auch produziert); und sie sind gefragt von Psychologen und Therapeuten, von Wissenschaftlern diverser Disziplinen, von NGOs und nicht zuletzt von Journalisten, die Opfergeschichten medial aufbereiten und auf spezifische Weise zuschneiden.⁶¹ In zahlreichen Ländern der Welt gibt es für Leidensgeschichten einen regelrechten Markt. Das wissen auch einige, die solche zu erzählen haben. Wie Colvin zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf Versammlungen der südafrikanischen Organisation Khulumani⁶² beobachtete, diskutierten die dort anwesenden Mitglieder den „gegenwärtigen ‚Marktpreis‘ für ihre Geschichten“.⁶³

Angesichts der Vielzahl an zirkulierenden, beglaubigten Opfergeschichten aus aller Welt, erstaunt es nicht, wenn heute tatsächlich der Gedanke auftaucht, man wisse (und diese Einschätzung würde auch überall geteilt), wer ein Opfer ist, womit es auch möglich wäre, ein Menschenrecht auf Entschädigung ohne größere Schwierigkeiten festzuschreiben. Die Situation in Südafrika seit dem offiziellen Ende des Apartheidregimes zeigt, dass die Sache jedoch nach wie vor komplexer ist. Dabei sticht dies in Südafrika nicht einmal sofort ins Auge. Verfolgt man die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während des 20. Jahrhunderts, gilt Südafrika nämlich als herausragendes Beispiel für einen Wandel von der Täter- zur Opferfokussierung.⁶⁴ Immerhin ermöglichte die südafrikanische *Truth and Reconciliation Commission (TRC)* zwischen April 1996 und Dezember 1997 mehr als 21 000 Menschen, ihre Erfahrungen und Leiden aus der Zeit des Apartheidregimes zu erzählen – und zwar in einem Rahmen, der den Wahrheitsstatus ihrer Aussagen während der öffentlichen Anhörungen prinzipiell voraussetzte.⁶⁵

60 Vgl. Claire Moon, Healing Past Violence. Traumatic Assumptions and Therapeutic Interventions in War and Reconciliation, in: Journal of Human Rights 8 (2009) H. 1, 71–91, 74.

61 Vgl. Christopher J. Colvin, Trafficking Trauma. Intellectual Property Rights and the Political Economy of Traumatic Storytelling, in: Critical Arts. South-North Cultural and Media Studies 20 (2006), 171–182, 172–173.

62 Die Khulumani Support Group entstand im Jahr 1995. Nach eigenen Angaben vertritt Khulumani heute etwa 85 000 Mitglieder, die als „victims and survivors of Apartheid-related gross human rights violations“ bezeichnet werden. Zit. nach: <http://www.khulumani.net/khulumani/about-us.html> (22. 10. 2014).

63 Colvin, Trafficking Trauma, 174.

64 Vgl. Bonacker, Globale Opferschaft, 11.

65 Vgl. Gesine Krüger, Wahrheit – Erzählen. Zur Arbeit der Truth and Reconciliation Commission (TRC) in Südafrika, in: WerkstattGeschichte 26 (2000), 5–21.

Trotzdem stehen die TRC und die südafrikanische Regierung seither in der Kritik. Diverse Organisationen etwa, die sich als Unterstützer der Opfer und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen während des Apartheidregimes verstehen, attackieren bis heute die Opferdefinition der TRC als zu eng, wodurch zahlreiche Menschen, die zu den Opfern des Apartheidregimes zu zählen seien, aus dem offiziell anerkannten Kreis der Opfer ausgeschlossen würden.⁶⁶ Tatsächlich hat sich das bekannte Problem differierender und politisch umstrittener Opferzuschreibungen nicht überlebt. Wer offiziell als Opfer anerkannt wird, ist weiterhin eine Frage der vorherrschenden Machtkonstellation. Für eine Vielzahl an Menschen, die zur Zeit der Apartheid systematisch – auch unter dem Einsatz oder der Androhung von Gewalt – unterdrückt wurde, hat das manifeste Folgen. Denn die TRC legte fest, dass unter die Kategorie des Opfers nur diejenigen fielen, die schwere Menschenrechtsverletzungen erlitten hatten (ihre Familienangehörigen und Verwandten mit eingeschlossen).⁶⁷ Nur diese Personen waren und sind berechtigt, einen Anspruch auf eine Entschädigungsleistung geltend zu machen – das allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sie vor dem *Human Rights Violation Committee* der TRC ausgesagt haben oder ihr Name vor einem der drei TRC Komitees im Kontext schwerer Menschenrechtsverletzungen genannt worden ist.⁶⁸ Hinzu kommt, dass die im Vorfeld der Anhörungen festgelegte Definition einer „schweren Menschenrechtsverletzung“ ebenfalls Auswirkungen darauf hatte, wer sich formal überhaupt als Opfer qualifizierte. Denn gemeint waren damit lediglich Verletzungen der Menschenrechte aufgrund von „Mord, Entführung, Folter oder schweren Misshandlungen“.⁶⁹ Schon Zwangsumsiedlungen oder Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren zählten nicht mehr dazu, ganz zu schweigen von zahlreichen anderen Formen struktureller Unterdrückung und Erniedrigung, die das Apartheidsystem ausmachten.⁷⁰

Das heißt nicht, dass im Zuge der Anhörungen nicht auch andere Leidenserfahrungen während der Apartheid zur Sprache kamen,⁷¹ die möglicherweise einem umfassenderen Verständnis davon, wer als Opfer des Apartheidregimes zu bezeichnen sei, entsprachen oder ein solches erzeugten. Das betraf die nicht-weißen Bürger Südafrikas, konnte sich allerdings auch auf die dort lebenden Weißen beziehen. Ein Beispiel für Letzteres ist die im TRC-Bericht wiedergegebene Geschichte von Sean Callaghan,

66 Vgl. etwa *South African Coalition for Transitional Justice*, Victims Demand that the State Honours its Reparations Obligations to All Victims of Apartheid Gross Human Rights Violations, Mai 2011, <http://www.khulumani.net/khulumani/documents/category/8-government.html> (22. 11. 2014).

67 Vgl. *Penelope E. Andrews*, Reparations for Apartheid's Victims. The Path to Reconciliation?, in: *DePaul Law Review* 53 (2003), 1155–1180.

68 Vgl. u. a. *Christina L. Wendt*, Die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika. Eine Wirkungsanalyse [Diss.], Berlin 2009.

69 South Africa. Promotion of National Unity and Reconciliation Act 34 of 1995, (July 26, 1995), in: Pablo de Greiff (Hg.), *The Handbook of Reparations*, Oxford 2006, 770–778, 772. Vgl. auch *Wendy Orr*, Reparations Delayed is Healing Retarded, in: Charles Villa-Vicencio/Willem Verwoerd (Hg.), *Looking Back, Reaching Forward. Reflections on the Truth and Reconciliation Commission of South Africa*, Cape Town 2000, 243.

70 Vgl. *Rebecca Saunders*, Lost in Translation. Expressions of Human Suffering, the Language of Human Rights, and the South African Truth and Reconciliation Commission, in: *SUR – International Journal of Human Rights* 5 (2008) H. 9, 51–69, 59.

71 *Krüger*, Wahrheit, 20.

der im Juni 1997 öffentlich Zeugnis abgelegt hatte.⁷² Laut Zusammenfassung seiner Aussage hatte er sich bei seiner Einberufung entschieden, zu den Sanitätern zu gehen „[to] help people rather than kill them“. Der Report hielt fest, Callaghan habe, wie viele andere Sanitäter auch, seine ersten medizinischen Erfahrungen in Hospitälern von Nicht-Weißen gemacht, „because ,frankly it didn't matter if we made a mistake because they were black people‘.“ Dort habe er schnell gelernt „that ,the only way to cope with the situation was to switch off my emotions immediately, not to feel anything for anybody, not to try and fit into any kind of humane circumstance; but just to be a cold machine that did what I was trained to do‘.“ Callaghan berichtete von furchterlichen Grausamkeiten, die an Verletzten oder Gefangenen begangen worden waren. Was dies nicht nur für ihn, sondern auch für andere bedeutete, die Zeugen eines solchen Geschehens wurden, war im Report dann folgendermaßen zusammengefasst: „There was virtually no psychological help for the men to deal with the tragedies that they witnessed. They often drank heavily or took drugs – one of the only ways to cope with the adverse circumstances. Suicides occurred frequently, as national servicemen could not take the pressures of constantly being in combat situations or so far from their families. [...] Once the men completed their military service, there was no debriefing or assistance to help them reintegrate into society.“ Und auf Sean Callaghan bezogen, heißt es: „After completing his military service, Sean suffered from post-traumatic stress disorder.“

Eine strikte Trennung zwischen weißen Tätern und nicht-weißen Opfern war der TRC nicht möglich, und konnte es auch nicht sein, da sie die Ergebnisse der jüngsten Traumaforschung rezipierte,⁷³ die, wie vorne erwähnt, seit dem Vietnamkrieg von der Möglichkeit einer psychischen Traumatisierung bei Soldaten ausging. Entsprechend ging es der TRC auch nicht allein um Sanitäter;⁷⁴ auch Soldaten bewaffneter Einheiten tauchten nunmehr als Traumatisierte auf. Laut TRC Report fielen darunter junge Männer, die dem Guerillakrieg ausgesetzt waren („especially for people from urban areas who were suddenly confronted with the reality of fighting a bush war“) oder auch jene, die als Wehrpflichtige an der Gewalt und Unterdrückung in den Townships beteiligt waren. „Many of these former combatants“, so der Bericht, „have since displayed symptoms of post-traumatic stress disorder.“⁷⁵ Der abschließende Befund der TRC, dass „South Africa's history of repression and exploitation severely affected the

⁷² Vgl. zum Folgenden Truth and Reconciliation Commission of South Africa Report, Vol. 4, 122–123.

⁷³ Vgl. etwa TRC Report, Vol. 4, 239.

⁷⁴ Bezüglich der Sanitäter hielt der TRC Report nach der zusammengefassten Aussage von Callaghan fest: „It is apparent from this account that military medics were forced to violate international and local standards of medical professional conduct and human rights and that many were personally traumatised by their experience. Many of them had great difficulty reintegrating into and becoming productive members of civilian society.“ (TRC Report, Vol. 4, 123.)

⁷⁵ TRC Report, Vol. 4, 273. Dass Personen, die während des Apartheidregimes Gewalt gegenüber Nicht-Weißen ausgeübt hatten, als „traumatisiert“ gelten konnten, hatte nicht nur den Effekt, dass ihnen damit ein Opferstatus zugeschrieben wurde (und sie keine persönliche Verantwortung für ihre Taten hatten); es half auch dabei, Grausamkeiten, die an den „Schwarzen“ begangen wurden, offenzulegen und das Apartheidregime zu verurteilen – ohne dadurch allen, die Gräueltaten begingen, Schuld anzulasten. Vgl. dazu die entsprechende Argumentation von *Fassin/Rechtman*, *Empire of Trauma*, 92.

mental well-being of the majority of its citizens“,⁷⁶ war mithin keine Aussage, die sich ausschließlich auf Nicht-Weiße bezog hätte⁷⁷ – so sehr die TRC die Apartheid auch verurteilte.

Im Report der TRC wird damit eine Entwicklung greifbar, die auch in einigen europäischen Staaten und den USA beobachtbar ist und sich fortgesetzt: Es geht um die Aufmerksamkeit für Ambivalenzen und „brüchige“ Geschichten,⁷⁸ die sich seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert verändert hat, und die es immer weniger plausibel erscheinen lässt, an strikten Täter-Opfer-Dichotomien festzuhalten und ‚Realität‘ auf diese Weise zu beschreiben. In Fachpublikationen diverser wissenschaftlicher Disziplinen lässt sich diese Verschiebung beobachten – meist jedoch auf Kollektive bezogen. Doch es geht ebenso um das Individuum: Dass Täter möglicherweise auch Opfer waren und Opfer auch Täter, steht heute als Überlegung durchaus im Raum, wobei einem diese Problematisierung vor allem in den therapeutischen Disziplinen begegnet. Allerdings finden sich in den sogenannten Postkonfliktstaaten auch ganz konkrete Beispiele dafür. In Südafrika etwa konnten – und wollten – sich im Vorfeld der „Wahrheitskommission“ nicht alle Gegner des Apartheidregimes der Kategorie des Opfers zuordnen. Manche sahen sich primär als Kämpfer gegen das Unterdrückungsregime (und sagten aus diesem Grunde auch vor der TRC nicht aus),⁷⁹ andere ordneten sich, obgleich fraglos als Opfer klassifizierbar, aufgrund ihrer komplexen Erfahrungen als Täter ein.⁸⁰

Diese Selbstbeschreibungen waren nicht unbedingt stabil. So wies die Opferorganisation Khulumani im Jahr 2003 darauf hin, dass Menschen, die während der Apartheid gefoltert wurden, die Auswirkungen der Misshandlungen, insbesondere die psychischen, erst Jahre später zu spüren bekämen⁸¹ – eine Beobachtung, die aus der Psychiatrie und Psychologie bekannt ist. Dennoch gilt nach wie vor, dass es ehemalige Gegner des Apartheidregimes gibt, die sich nicht primär oder ausschließlich als Opfer von grauenvollen Erfahrungen während des Apartheidregimes beschreiben, sondern stattdessen auf ihre gegenwärtigen Probleme und Leiden verweisen.⁸² Die Opferorganisation Khulumani mit ihren mittlerweile etwa 70 000 Mitgliedern fördert sogar aktiv eine solche Erzählweise.⁸³ Doch auch der Psychologe Ashraf Kagee, Professor

⁷⁶ TRC Report, Vol. 5, 127.

⁷⁷ Deutlich etwa auch in einem Kommentar von Wendy Orr, stellvertretende Vorsitzende der Reparations and Rehabilitation Commission der TRC, TRC Report, Vol. 4, 243.

⁷⁸ Krüger, Wahrheit, 17; Tristan A. Borer, A Taxonomy of Victims and Perpetrators. Human Rights and Reconciliation in South Africa, in: Human Rights Quarterly 25 (2003) H. 4, 1088–1116, 1089.

⁷⁹ Vgl. Borer, Taxonomy, 1097.

⁸⁰ Für diesen Hinweis danke ich Gesine Krüger.

⁸¹ Khulumani Support Group, Reparations Policy Proposals (submitted to Government on 29 October 2003), <http://www.khulumani.net/khulumani/documents/category/8-government.html?start=20> (14. 12. 2014).

⁸² Vgl. u. a. Ashraf Kagee, Present Concerns of Survivors of Human Rights Violations in South Africa, in: Social Science & Medicine 59 (2004) H. 3, 625–635, 629 f.; Ashraf Kagee/Anthony V. Naidoo, Reconceptualizing the Sequelae of Political Torture. Limitations of a Psychiatric Paradigm, in: Transcultural Psychiatry 41 (2004) H. 1, 46–61.

⁸³ Vgl. u. a. Tshepo Madlingozi, On Transitional Justice Entrepreneurs and the Production of Victims, in: Journal of Human Rights Practice 2 (2010) H. 2, 208–228, 213–221.

an der Universität Stellenbosch, stieß in seinen Untersuchungen auf diese Narrative. Es lohnt sich, auf seine Studien über die psychischen Spätschäden von politischer Verfolgung und Folter bei ehemaligen Anti-Apartheidskämpfern etwas ausführlicher einzugehen. Ashraf Kagee ging es dabei um die Frage, ob die Überlebenden von politischer Haft, Misshandlung und Folter tatsächlich notwendigerweise dadurch gekennzeichnet seien, dass sie an psychischen Beschwerden im Sinne einer Posttraumatischen Belastungsstörung litten, wie die Mehrzahl der Forscher nahe lege. Kagee war skeptisch: Eine solche Perspektive basiere nämlich, argumentierte er, auf einer ganzen Reihe von Vorannahmen über die „Natur des Traumas“. Zudem sei die Annahme einer traumatischen Erinnerung als psychopathologisches Problem jüngerer Datums und in einem ganz spezifischen historischen und kulturellen Kontext entwickelt worden. Entsprechend reflektiere die Tatsache, dass Folteropfer ihre Erfahrungen in jüngster Zeit vor allem in psychologischen Begriffen beschrieben, vor allem die Dominanz eines westlichen Traumadiskurses. Als problematisch empfand der Psychologe aber vor allem die Methoden, die im Rahmen medizinischer Untersuchungen bei Personen angewandt würden, die Menschenrechtsverletzungen durchgemacht hatten. So beeinflussten nicht nur Fragebögen und strukturierte Interviews die Antwort der Befragten, wie er argumentierte; vielmehr sage auch die Anzahl an abgefragten Symptomen noch nichts darüber aus, was diese im Leben des Befragten bedeuteten.

Tatsächlich änderte sich mit dem Wandel der Befragungsmethode das Ergebnis. Zwar kam auch Ashraf Kagee zu dem Resultat, dass Traumatisierungen bei ehemaligen Häftlingen durchaus vorkämen; allerdings träfe die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung weitaus seltener zu, als oft behauptet würde. Dafür nannte er vor allem folgende Gründe: Den Erzählungen sei zu entnehmen, dass sich das emotionale Leiden selten ausschließlich auf die körperliche Misshandlung während der Gefangenschaft bezogen habe; stattdessen hätte sich das Leiden oft mehr um die gegenwärtige Lebenssituation gedreht.⁸⁴ Dabei hätten fast alle ehemaligen Inhaftierten die materielle Not thematisiert, in der sie sich befänden und diese als ein Hauptproblem ihrer gegenwärtigen Lage bezeichnet. Außerdem gäbe es eine ausgesprochene Unzufriedenheit mit der politischen Situation, da die Regierung keine Maßnahmen ergreife, um ihre Lage zu verbessern, etwa durch finanzielle Zuschüsse.

Die Schlussfolgerung des Psychologen lautete deshalb, dass die Ursachen für die Leiden der ehemaligen Häftlinge überwiegend in der Gegenwart und seltener in der Vergangenheit lägen. Dabei negierte der Psychologe nicht, dass die ehemaligen Häftlinge Fürchterlichstes durchgemacht hätten und diese Erfahrungen auch ihr Leben prägten. Was er zurückwies waren allerdings zwei Annahmen: erstens, dass diese psychischen Leidenszustände ausschließlich auf ein zurückliegendes *Gewaltereignis* zurückzuführen seien, und zweitens, dass sich diese ehemaligen Häftlinge und Gefolterten ausschließlich als Opfer verstünden. So hätte eine Studie mit 65 Südafrikanern, die im Kampf gegen die Apartheid entweder enge Angehörige verloren hätten oder selber Folter oder Misshandlungen ausgesetzt gewesen seien, Folgendes gezeigt: „They experienced their suffering as furthering the interests of the democratic movement. The meaning that these respondents attributed to their experience allowed them to consider

84 Kagee, *Present Concerns*, 628.

themselves not only as victims, but also as heroes.“⁸⁵ Ashraf Kagee las die Erzählungen der ehemaligen politischen Häftlinge, die seinen eigenen Studien zugrunde lagen, ebenfalls in diese Richtung. Um die Plausibilität seiner Argumente zu unterstreichen, präsentierte er dazu in der Publikation seiner Studie Gesprächsausschnitte, in denen die Befragten auf das Opfer verwiesen, das sie *für* die Demokratie erbracht hätten. Er strich ihre Wahrnehmung heraus, dass sie *für* etwas gelitten hätten, und dass es dieses aktive Opfer sei, das sie durch eine Veränderung der Politik, auch durch finanzielle Zuwendungen, anerkannt sehen wollten.

Aus der Sicht von Ashraf Kagee wiesen diese Erzählungen zudem auf eine große Enttäuschung hin, die das Leben vieler ehemaliger Gefangener in der Post-Apartheid-Ära prägte. Das war durchaus ein Leiden – doch keines, das ursächlich in der Jahre zuvor erlittenen Misshandlung oder der Folter läge und jetzt eine psychische Störung darstelle, wie häufig automatisch angenommen würde. Eine solche Diagnose post-traumatischer Belastungsstörung riskiere deshalb, die Überlebenden zu viktimisieren und zu pathologisieren.⁸⁶ Deshalb verwendete Ashraf Kagee in diesen Publikationen auch nicht den Begriff des Folteropfers. Es sprach nie von einem *torture victim*, sondern von einem *torture survivor* – ein Begriff, der auf ein aktives Moment hinweist. Prinzipiell lässt eine solche Betrachtungsweise einen offeneren Blick darauf zu, welche Bedeutung der Gewalterfahrung im Leben der ehemaligen Gefangenen zukommt und wie sie ihre Leiden einordnen.⁸⁷

Ashraf Kagee ist nicht der Einzige, der in Südafrika dafür plädiert, die Leiden ehemaliger Kämpfer gegen das Apartheidregime nicht vorschnell mit dem Etikett der psychischen Schädigung oder gar der Posttraumatischen Belastungsstörung zu belegen, sondern ein Auge für die historischen und kulturellen Kontexte zu behalten, die mit diesen Deutungsmustern verknüpft sind.⁸⁸ Denn die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung funktioniere stets ereignisbezogen und richte sich ausschließlich auf ein Ereignis, das in der Vergangenheit liege. Die systematische und strukturelle Gewalt, die Teil des alltäglichen Lebens gewesen sei, gerate deshalb als Ursache für psychische Leiden aus dem Blick; ebenso, dass die strukturelle Gewalt der Diskriminierung über das offizielle Ende der Apartheid anhalte. Die Diagnose der Posttraumatischen Belastungsstörung individualisiert das Leiden und überlässt es den Betroffenen, damit im Rahmen von therapeutischen Maßnahmen fertig zu werden. Die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse der Gegenwart verschwinden dabei aus dem Blick.

Allerdings bleiben auch Plädoyers, wie das von Ashraf Kagee, nicht ohne Konsequenzen. Diese bestehen darin, Überlebende von Folter und Misshandlung, die sich

⁸⁵ Kagee/Naidoo, *Reconceptualizing*, 49.

⁸⁶ Kagee, *Reconceptualizing*, 48.

⁸⁷ Vgl. dazu auch *Testing the DSM Model in South Africa – An Interview with Ashraf Kagee*, in: Ewald Mengel (Hg.), *Trauma, Memory, and Narrative in South Africa. Interviews*, Amsterdam 2010, 127–136, 135.

⁸⁸ Vgl. *Christopher J. Colvin*, *Trauma*, in: Nick Shepherd/Steven Robins (Hg.), *New South African Keywords*, Athens, Ohio 2008, 223–234; *Gillian Eagle*, *The Political Conundrums of Post-Traumatic Stress Disorder*, in: Derek Hook/Gillian Eagle (Hg.), *Psychopathology and Social Prejudice*, Cape Town 2002, 75–91, insbes. 81.

nicht ausschließlich als Opfer vergangener Ereignisse und dadurch traumatisiert verstehen wollen, aus dem Kreis potentieller Anspruchsberechtigter auf eine Entschädigung herauszudefinieren. Denn auch in Südafrika ist das Konzept der Posttraumatischen Belastungsstörung ein zentraler Schlüssel, um der Forderung nach Entschädigung ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Dabei folgt die Diagnose der Rationalität des gegenwärtigen „westlichen“ Entschädigungsdiskurses, der Opfer *von* Gewalt voraussetzt – und nicht etwa vorsieht, das Leiden *für* eine Sache zu entschädigen.

Schluss: Bleibende Aporien

Meine Überlegungen sind von der These ausgegangen, dass der Begriff und das Konzept des „Opfers“ historisiert werden müssen. So ist nicht nur in Rechnung zu stellen, dass sich im 20. Jahrhundert die Rede vom „Opfer für“ in geradezu säkularer Weise zur heute dominierenden Formulierung „Opfer von“ verschoben hat; wesentlich ist ebenso, dass auch das „Opfer von“ seit dem späten 19. Jahrhundert auf spezifischen wissenschaftlichen, juristischen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen beruhte, die insgesamt die Historizität unserer gegenwärtigen Rede vom „Opfer“ belegen. Es hat sich auch gezeigt, dass der für die erlittenen Schädigungen in den letzten Jahrzehnten durchgesetzte Begriff des „Traumas“ einem spezifischen, europäisch-amerikanisch geprägten psychiatrischen Diskurs entstammt, der in keiner Weise auf die globalen kulturellen Varietäten und Möglichkeiten, Leid zu thematisieren, Bezug nimmt und ihnen auch nicht zwingend angemessen ist, wie der Blick auf Debatten in Südafrika beispielhaft zeigt. Die imaginäre Kategorie „des Menschen“, auf deren scheinbare Evidenz die unreflektierte Rede vom Opfer bezogen bleibt, hilft hier kaum weiter; eher muss der Begriff des Opfers, wie gezeigt, in doppelter Weise relativiert werden: historisch und kulturell. Ich habe zu zeigen versucht, wie sich die Figur des Opfers allein schon in Europa erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts herauszubilden begann und ihre Durchsetzung von diversen juristischen, medizinischen, politischen und kulturellen Kontexten abhängig war. Die geschichtswissenschaftliche Betonung von historischer und kultureller Relativität ist damit keine Einladung zum Zynismus jenen Menschen gegenüber, die in verschiedener Weise Leid erlitten haben beziehungsweise erleiden. Vielmehr dient sie dazu, Aporien zu erkennen und auf Probleme aufmerksam machen, die – nicht zuletzt aus politischen Gründen – nicht unter den Tisch fallen dürfen. So lässt sich *zuerst* festhalten, dass der Begriff des Opfers, insbesondere mit der damit verbundenen Frage nach Entschädigung, sich in problematischer Weise auf die Vergangenheit bezieht: Leiden und Verletzungen physischer oder psychischer Art werden systematisch als „schon erlitten“, als zu einem vergangenen Zeitpunkt X „erlebt“ markiert und im Modus des „damals“ verhandelt. Damit aber werden fortwährende, andauernde Gewaltverhältnisse oder Situationen, unter denen Menschen leiden, systematisch verdrängt.⁸⁹ *Zweitens* hat sich gezeigt, dass der Begriff des Opfers die von Gewalt be-

⁸⁹ In diesem Sinne läuft auch eine Politik der Wiedergutmachung, die sich über Ereignisse der Vergangenheit legitimiert und in einer entsprechenden Erinnerungspolitik auf diese konzentriert,

troffenen Menschen in eine passive Rolle drängt, die ihrem Selbstverständnis z. B. als Kämpfer gegen Unrecht in grundsätzlicher Weise unangemessen sein kann. *Drittens* zeigen vor allem die Debatten über Entschädigung, dass nicht jeder, der oder die Opfer von Gewalt in all ihren möglichen Facetten geworden ist, für das erlittene Leid entschädigt werden kann: Wer entschädigt wird bzw. welche Form von Gewalt als Verletzung von Menschenrechten klassifiziert wird, ist Resultat politischer Aushandlung beziehungsweise schlicht von Machtverhältnissen. Es gibt keine „objektive“ juristische, psychiatrische oder medizinische Bestimmung der Grenzen zwischen Opfern und Nicht-Opfern, zwischen Entschädigungsanspruch und der Zurückweisung dieser Ansprüche. *Viertens* wird aber genau in diesen Debatten auch deutlich, dass der Anspruch, Opfer von Gewalt sein zu können, auch von Personen erhoben werden kann, die auf der Seite der Täter standen – vielleicht nicht unbedingt als verantwortliche Befehlsgeber, sehr wohl aber als Ausführende von grauenhaften Taten, unter denen diese Personen in der Folge zweifellos psychisch leiden können. Die Universalisierung des heute vorherrschenden Traumakonzepts neigt also *fünftens* dazu, die wesentliche Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern aufzuweichen; mit anderen Worten, es eskamotiert den politischen Konflikt zwischen Opfern und Tätern wie auch strukturelle Gewalt als ein allein noch psychisch zu begreifendes „Trauma“.

Gefahr, eine zukunftsorientierte Politik, die sich auf ihre gestaltenden und verändernden Möglichkeiten konzentriert, aus dem Auge zu verlieren. Vgl. dazu *John Torpey*, Introduction. Politics and the Past, in: ders. (Hg.) *Politics and the Past: On Repairing Historical Injustices*, Oxford 2003, 1–34.